

Prof. Dr. Karin Luckey (V.i.S.d.P.), 0421-5905-2222. rektorin@hs-bremen.de
c/o Interessengemeinschaft Airportstadt e.V., Flughafenallee 29–31, 28199 Bremen
kontakt@airportstadt.com, www.airportstadt.com



25. November 2010

Vorlage zur Pressekonferenz

Thema: **A 281: ein wichtiger Meilenstein für die Schließung des
Autobahnringes um Bremen
Wirtschaftsstandort Bremen muss zukunftsfähig sein**

Es gilt das gesprochene Wort

Bitte Sperrfrist beachten: Donnerstag, 25. November 2010, 13 Uhr

Auf der Pressekonferenz der Interessengemeinschaft Airportstadt e.V., der Initiative Stadtbremische Häfen e. V., der Bremischen Hafenvertretung e.V. und der GVZ-Entwicklungsgesellschaft werden voraussichtlich Stellung nehmen:

- Marion Niemann, IPS GmbH
- Dr. Gregor Brendel, Europa Center AG
- Jens Engelmann, Hellmann Worldwide Logistics GmbH & Co. KG
- Christoph Holtkemper, Roland Umschlagsgesellschaft
- Klaus Platz, Bremische Hafenvertretung e.V.
- Werner Pöser, CHS Container Handel GmbH

Moderation: Prof. Dr. Karin Luckey, Vorsitzende der IG Airportstadt

Die Zukunftsfähigkeit der zentralen und relevanten Gewerbe- und Wirtschaftszentren Bremens - wie das Güterverkehrszentrum, die innerstädtischen Häfen und Airportstadt - hängt aus Sicht der o.g. Interessengemeinschaften und Initiativen von der verlässlichen Planung und Umsetzung des Autobahnringes um Bremen ab. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum Planungsverfahren A 281 dürfe daher nicht dazu führen, dass gegebene Versprechen hinsichtlich der verkehrstechnischen Erschließung von Gewerbegebieten nicht mehr eingehalten werden. Für rund 700 Unternehmen mit zusammen ca. 28.000 Beschäftigten ist die Vollendung des Autobahnringes durch die A 281 und die Weserquerung ein zentrales Projekt für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung zahlreicher Arbeitsplätze in Bremen.

Daher fordern die Interessengemeinschaft Airportstadt e.V., die Initiative Stadtbremische Häfen e. V., die Bremischen Hafenvertretung e.V. sowie die GVZ-Entwicklungsgesellschaft die politisch Verantwortlichen auf, alles im Sinne einer zügigen Schließung des Autobahnringes Erforderliche zu veranlassen. Dabei nehmen Interessenvertreterinnen und -vertreter Bausenator Reinhard Loske beim Wort, der am 24. November 2010 in einer Pressemitteilung „noch in diesem Jahr [...] Gespräche mit dem Bund über die vom Gericht geforderte gemeinsame Planung des Bauabschnitts 2/2 mit der Bundesstraße 6“ in Aussicht stellte. Die gleiche Erwartung richtet sich an Bürgermeister Jens Böhrnsen, der unabhängig von der Bundesverwaltungsgerichts-Entscheidung den unverzüglichen Beginn der erforderlichen Bauvorbereitungen versprochen hatte.

Die betroffenen Unternehmen schlagen in ihrem Appell den Bogen jedoch weiter: Auch die rasche Realisierung der Weserquerung im Zuge der A 281 gehört zu den dringend erforderlichen Meilensteinen für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die wirtschaftliche Entwicklung Bremens. Viele Unternehmen haben im Vertrauen auf die Verkehrsinfrastrukturentwicklung in Bremen investiert und Arbeitsplätze in Bremen geschaffen. Die Wirksamkeit dieser Investitionen ist gefährdet, wenn die Erschließung nicht zügig erfolgt.

Ein weiterer für die Betroffenen zentraler Aspekt ist die ampelfreie Zufahrt zum GVZ. Das lange Warten in Staus hat nicht nur negative ökologische Folgen durch

erhöhten Energieverbrauch, sondern wirkt sich auch auf die Lenkzeiten der LKW-Fahrer aus - mit entsprechenden Kosten für die Volkswirtschaft.

Nicht nur für den Güterverkehr, sondern auch für die Reduzierung des Verkehrs in der Innenstadt, die gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes sowie für die sternförmige Erschließung der Stadt ist der Autobahnring alternativlos. Bremen ist ein Logistikstandort, und dazu gehören aufeinander abgestimmte See-, Luft-, Auto- und Schienenverkehrswege. Die Vielfalt der aufeinander bezogenen Verkehrsarten und deren Vernetzung dürfen nicht behindert werden. Bremen ist nicht nur ein Teil des Verkehrsnetzes, sondern steht auch im nationalen und internationalen Wettbewerb.